

Beschluss V03: Für eine solidarische und gerechte Rentenversicherung

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 - Verschiedene Anträge

Als junge Menschen stoßen wir immer wieder auf ein Thema, das uns zunächst weit weg erscheint – das Rentensystem. Wenn unser Onkel beim Familienessen Witze macht und uns viel Glück dabei wünscht, seiner Generation die Rente zu zahlen und dabei noch Geld für ein einigermaßen gutes Leben übrig zu haben. Oder wenn in politischen Talkshows junge Gäste fast reflexartig mit Fragen zur „Rentenkrise“ konfrontiert werden und von ihnen dabei wahrscheinlich erwartet wird, dass sie ihre Großeltern in die Pfanne hauen und fordern, ihnen die ohnehin karge Rente zu kürzen oder sie trotz kaputtem Rücken noch länger schufteten zu lassen. Doch sobald wir genauer hinschauen, wird klar: Hinter diesen vermeintlich lustigen Sprüchen und spitzen Fragen steckt ein knallhartes Problem: Der „demographische Wandel“ belastet das Rentensystem.

Prognosen zeigen: 2060 werden 36,2 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren 26,4 Millionen Menschen über 60 gegenüberstehen. Zum Vergleich: 2022 lag das Verhältnis noch bei 44,7 zu 23,5 Millionen. Was bedeutet das? Was bedeutet das? Das aktuelle Rentensystem hängt in seiner Stabilität von einer gleich bleibenden oder wachsenden Geburtenrate ab. Immer weniger junge Menschen finanzieren die Rente von immer mehr Rentner*innen. Das Ergebnis sind sinkende Renten und steigende Beiträge. Und nach aktuellem Trend werden für diese jungen Menschen dann noch weniger Menschen der kommenden Generation ihre Daseinsvorsorge finanzieren.

Aufgrund dessen stellen sich viele die Frage, ob und wie wir als Gesellschaft auch in Zukunft älteren Menschen noch ein gutes Leben ermöglichen können - oder ob das System unter unseren Füßen zusammenbricht. Gerade junge Menschen fragen sich immer öfter, ob sie überhaupt noch eine sichere und ausreichende Rente haben werden. Konservative und Neoliberale Kräfte fordern jetzt als Antwort ernsthaft, dass das Renteneintrittsalter erhöht, die Lebensarbeitszeit verlängert sowie Rentenleistungen gekürzt werden müssen. Sie

wollen, dass Menschen, die bereits einen Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, nicht mehr früher in Rente gehen können oder planen unsere Rente am Kapitalmarkt zu verspielen.

Wir stellen klar: Wir machen da nicht mit! Wir akzeptieren kein Rentensystem, das Jung gegen Alt ausspielt. Wir akzeptieren nicht, dass unsere Eltern bis zur völligen Erschöpfung arbeiten müssen. Wir lassen nicht zu, dass unseren Großeltern die ohnehin viel zu geringe Rente weiter zusammengestrichen wird. Wir wollen ein Rentensystem, das allen Menschen im Alter ein gutes Leben garantiert – und nicht nur ein Leben in Armut.

Doch deshalb muss genauso klar sein: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben! Jedoch klammern sich die Verantwortlichen in der Politik stur an den Status quo, verschieben echte Reformen von einer Kommission in die nächste und tun so, als könne man das Problem einfach aussitzen. Das ist Augenwischerei. Wir fordern endlich eine umfangreiche Reform des Rentensystems, damit Daseinsvorsorge gerecht und solidarisch wird und die Lösung seiner Probleme nicht weiter in die Zukunft verschiebt.

Für eine gute Rente für alle müssen endlich diejenigen zahlen, die schon jetzt mehr als genug haben – die Superreichen und ihre Konzerne.

Solidarische Einzahlung

Zu einer ehrlichen Debatte gehört es, die Entwicklung bei den Rentenzuschüssen differenziert zu betrachten. Absolut sind sie, nicht zuletzt durch das Wirtschaftswachstum, gestiegen, prozentual aber seit Anfang der 2000er gesunken. Daher ist entscheidend, dass es keine Debatte geben darf, die ein Narrativ forciert, dass wir uns die Rente nicht mehr leisten könnten. Eine solche Debatte wird auf dem Rücken der Menschen in Armut und insbesondere Altersarmut geführt.

Arme Menschen erwirtschaften die Rente der Reichen. So sieht das aktuelle Rentensystem aus. Einkommensstarke Menschen gehen früher in Rente und erhalten dadurch länger höhere Renten, während einkommensärmere Versicherte länger für weniger Rente arbeiten müssen. Diese Ungerechtigkeit muss endlich enden. Dafür müssen in Deutschland Vermögen endlich gerecht besteuert und Löhne erhöht werden! Nur, wenn alle nach ihren Möglichkeiten beitragen, ist genug Geld da, um es auch an die Menschen auszuzahlen.

Aktuell zahlt Deutschland jährlich Milliarden zusätzlich in die Rentenkasse, um fehlende Beträge auszugleichen. Gleichzeitig ist der Bundeszuschuss momentan ein wichtiger Bestandteil der solidarischen Finanzierung der Rente. Ganz zu schweigen von Milliarden, die an Wohngeld und Aufstockung ausgezahlt werden, weil die Arbeitgeber sich einen schlanken Fuß machen. Der Arbeitgeberbeitrag muss daher mindestens so hoch sein, dass er das Niveau der Mindestrente (siehe unten) ohne staatliche Zuschüsse tragen kann. Durch die Arbeitgeberbeiträge dürfen insbesondere in kleinen Betrieben keine Arbeitsplätze verloren gehen. Durch ein gerechtes Steuersystem muss parallel eine sinnvolle Lastenverteilung gewährleistet werden.

Das Äquivalenzprinzip muss verändert werden, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen: Ab einem Bruttoeinkommen von dem 1,5-Fachen des Durchschnittslohns sollen zusätzliche Beitragszahlungen nur noch reduziert rentensteigernd wirken. Ab ca. 80.000 € Jahresbrutto (2025) steigen Rentenansprüche nur noch mit halber Wirkung. Diese Maßnahme bremst die Privilegierung Vielverdienender, ohne sie aus dem Umlagesystem auszuschließen.

Die Obergrenze für Einzahlungen darf dabei nicht gekappt werden. Auch die höchsten Einkommen müssen auf das gesamte Einkommen Rentenbeiträge zahlen. Das Ziel der GRÜNEN JUGEND ist eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen einzahlen, egal ob Arbeitnehmer*in, Selbstständige, Beamte oder Politiker*in. Auch wenn dadurch die Ausgaben kurzfristig steigen, sehen wir es als elementaren Schritt zur solidarischen Gesellschaft. Der erste Schritt dahin ist eine Versicherungspflicht. Alle Menschen, die verbeamtet werden oder ins Parlament einziehen, werden Teil der Bürgerversicherung. Dafür werden Übergangsregelungen zur Überleitung für diese Berufsgruppen in eine Bürgerversicherung gefunden. Durch die Möglichkeit, in der gesetzlichen Rentenversicherung privat mehr einzuzahlen, sollen renditeorientierte private Versicherungen langfristig vom Markt verdrängt werden. Bei Minijobs streichen wir den Mindestbeitrag zur Rentenversicherung, sodass auch Arbeitnehmer*innen mit geringem monatlichen Verdienst in ihre Rente einzahlen können, ohne dabei zu viele Abstriche bei ihrem Einkommen zu haben. Die Möglichkeit zur Befreiung von der Rentenversicherungspflicht entfällt mit Einführung dieser Neuregelung.

Gerechte Auszahlung

Um gut im Alter leben zu können und nicht von weiteren Sozialleistungen abhängig zu sein, sollen alle Menschen mindestens eine Grundrente in Höhe der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des mittleren Einkommens (aktuell 1381€) erhalten. Die Auszahlung der Grundrente ist unabhängig von

Beitragsjahren und soll den Lebensstandard sichern.

Als GRÜNE JUGEND glauben wir nicht, dass wir immer länger arbeiten sollten. Alle müssen einen gerechten Beitrag leisten! Wer also mit 16 Jahren anfängt zu arbeiten, sollte früher in Rente gehen dürfen, als Menschen, die später anfangen. Wir schlagen deshalb eine Rente nach 45 Versicherungsjahren vor. So entsteht ein Rentenkorridor ab dem Alter von 61. In diesem Rentenkorridor können alle Menschen in Rente gehen, sobald sie 45 Jahre lang gearbeitet haben. Mit Erreichen des Alters von 67 wird wiederum allen Menschen ihre zustehende Rente ausgezahlt - unabhängig davon, ob sie 45 Jahre gearbeitet haben oder nicht. Die Menschen, die 45 Jahre - egal ob mit Vollzeit- oder Teilzeitarbeit - in die Rentenkasse einzahlen, steht eine Mindestrente zu. Diese beträgt mindestens das Bruttogehalt des Mindestlohns bei Vollzeit. Mit der Anhebung des Mindestlohns wird auch die Mindestrente automatisch erhöht.

Auch Menschen, die später in den Arbeitsmarkt einsteigen und nicht auf 45 Versicherungsjahre kommen, verdienen die armutsfeste Grundrente von 1381€, die nie unter die derzeitige Armutsgefährdungsgrenze fallen darf. Darüber hinaus schlagen wir vor, dass, ergänzend zur immer geltenden Basis der Grundrente, Personen, die weniger als 45 Jahre gearbeitet haben, Anspruch auf eine persönliche Mindestrente haben. Die Persönliche Mindestrente ist eine Rente zwischen Grundrente und Mindestrente. Diese orientiert sich an den geleisteten Beitragsjahren - ansonsten entsprechend des Modells der Mindestrente.

Denn oft gibt es gute Gründe warum Menschen nicht auf die vollen 45 Versicherungsjahre kommen: Sei es, weil sie durch unbezahlte Care-Arbeit ihre Erwerbszeiten reduzieren mussten, ihr Studium aus finanziellen Gründen erst später abschließen konnten oder weil sie als Menschen mit Einwanderungsgeschichte später in den Arbeitsmarkt eingestiegen sind. Diese Menschen arbeiten oft bis zum Renteneintrittsalter von 67 Jahren, wenn sie das gesundheitlich leisten können, erreichen aber trotzdem nicht die volle Beitragsdauer und erhalten nach dem derzeitigen System eine entsprechend niedrigere Rente.

Wer früher als der vorgesehene Rentenkorridor in Rente gehen will, muss das für die Jahre bis zum eigentlichen Renteneintritt selbst finanzieren. Allerdings dürfen Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen und anderen besonderen Gründen nicht länger arbeiten können, nicht im Stich gelassen werden. Ziel für Deutschland muss es sein, dass jede*r ein würdiges, finanziell abgesichertes Leben im Alter führen kann. Die beste Altersvorsorge: Gute Arbeitsbedingungen und bessere Löhne für alle! Ein hoher Umfang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und damit letztlich auch die Wirtschaftsleistung, sind maßgeblich für stabile Rentenfinanzen. Die Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren stärker gewachsen als die Ansprüche an die gesetzliche Rente.

Wer nach dem Beginn der Rente freiwillig weiterarbeiten möchte, kann dies tun. Der von der Bundesregierung neu angestrebte steuerfreie Zuverdienst für Rentner*innen entlastet aber vor allem die Menschen, die sich auch Steuern leisten können - also Besserverdienende. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Unternehmen dürfen sich ihrer Verantwortung nicht weiter versperren. Das Wirtschaftswachstum kommt im Rentensystem nicht automatisch an. Das muss sich ändern.

Für die Sicherung guter Löhne ist ein weiterer Faktor relevant, nämlich wie viele Menschen am Arbeitsmarkt ihr Geld verdienen. Je mehr Rentner*innen auf eine Arbeitnehmer*in kommen, desto mehr Geld müssen die Arbeitnehmer*innen in die Rentenkassen zahlen bzw. umso weniger bekommen die Rentner*innen raus. Zwei Gruppen sind dafür besonders relevant:

1. Frauen

Viele Frauen würden in Deutschland gerne mehr oder Vollzeit arbeiten, sind aber durch unflexible Arbeitsmodelle, durch das Ehegattensplitting entstandene "Teilzeitfalle", mangelnde Kinderbetreuung und die gesellschaftliche Verteilung der Sorgearbeit an Teilzeitarbeit gebunden. Schon jetzt arbeiten Frauen (wenn die unbezahlte Care-Arbeit eingerechnet wird) deutlich länger als Männer und stemmen eigentlich zwei Jobs - ihren bezahlten und die Sorgearbeit zuhause. Flexible Arbeitszeiten, ausgebauten Kita- und Ganztagsbetreuungsangebote, die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit gesamtgesellschaftlich sind zentrale Voraussetzungen, damit Frauen selbstbestimmt arbeiten und später eine angemessene Rente erhalten können. Denn wenn Teilzeitarbeit und Sorgearbeit nicht gleichwertig in die Rentenjahre einzahlen, sind Frauen als Folge der Ungleichverteilung der Sorgearbeit im Rentensystem besonders benachteiligt.

Unser Lösungsvorschlag: Care-Arbeit muss gesamtgesellschaftlich gerecht verteilt werden - zwischen allen Geschlechtern und in allen Familienkonstellationen. Personen, die Kindererziehungszeit in Anspruch nehmen, erhalten sie dafür die vollen Rentenpunkte entsprechend ihrer vorherigen Erwerbstätigkeit in Vollzeit, unabhängig davon, ob sie zuvor in Voll- oder Teilzeit gearbeitet haben. So wird verhindert, dass finanzielle Anreize dazu führen, dass vor allem Frauen weiterhin die Hauptlast der Sorgearbeit tragen. Die Inanspruchnahme von Kindererziehungszeit wird auch vollständig als Beitragsjahre angerechnet. Ebenso ist die Carearbeit, die bei der Pflege von Angehörigen entsteht, sowie die Carearbeit alleinerziehender Elternteile in dieser Rechnung zu berücksichtigen. Zudem ist der Gender-Pay-Gap, der den Gender-Pension-Gap weiter befeuert, nicht außer Acht zu lassen.

2. Nicht-deutsche Arbeitnehmende

Wir müssen anerkennen, dass nur durch die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte oder Fluchterfahrung am Arbeitsmarkt jetzt und in der Vergangenheit das Rentensystem in der aktuellen Form gewährleistet werden kann und andernfalls bereits zusammengebrochen wäre. Diese Perspektive darf in Debatten über unser Rentensystem nicht hinten über fallen. Als GRÜNE JUGEND finden wir es richtig, dass alle Menschen die hier leben auch hier arbeiten können und nicht erst langwierig auf ihre Genehmigungen warten und diese ständig erneuern müssen. Dazu braucht es schnellere Anerkennungsverfahren, gezielte Qualifizierungsangebote und faire Chancen bei der Einstellung. Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte arbeiten unterhalb ihrer Qualifikation oder finden nur schwer Zugang zu stabilen Beschäftigungsverhältnissen. Gründe dafür sind oft mangelnde Anerkennung von Abschlüssen, lange Verfahren oder Benachteiligungen im Bewerbungsprozess.

Um dieses Potenzial besser zu nutzen, braucht es schnellere und differenziertere Anerkennungsverfahren, die Fort- und Weiterbildung vor Neuausbildung stellen, gezielte Qualifizierungsangebote und faire Chancen bei der Einstellung.

3. Ostdeutsche

Die Rentensituation im Osten bleibt trotz formaler Angleichung der Rentenwerte ein ungelöstes Gerechtigkeitsproblem. Viele Ostdeutsche tragen bis heute die Folgen von Massenarbeitslosigkeit, Betriebsschließungen und niedrigen Löhnen der Nachwendezeit. Das sind Faktoren, die ihre individuellen Renten dauerhaft mindern. Obwohl die Politik von Gleichstellung spricht, erleben viele Ostdeutsche, dass ihre Lebensleistungen weiterhin unzureichend anerkannt werden. Es braucht daher gezielte Ausgleichsmechanismen für die besonderen wirtschaftlichen Belastungen der 1990er-Jahre und eine Rentenpolitik, die strukturelle Ungleichheiten wirklich abbaut statt nur rechnerisch zu nivellieren. Nur so lässt sich Vertrauen zurückgewinnen und soziale Gerechtigkeit zwischen Ost und West tatsächlich herstellen.

4. Menschen mit Behinderung

Die Rentensituation von Menschen mit Behinderung ist eng mit dem Verständnis von Inklusion verknüpft, da gesellschaftliche Teilhabe auch im Alter gesichert sein muss. Viele Betroffene verfügen aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen über kürzere oder unterbrochene Erwerbsbiografien, was ihre Rentenansprüche deutlich mindert. Zusätzlich wirken sich Phasen der Rehabilitation oder lange Zeiträume der Teilzeitbeschäftigung negativ auf die spätere Altersversorgung aus. Ein inklusiver Blick auf ihre Lebensrealität bedeutet daher, diese besonderen Bedingungen ernst zu nehmen und sicherzustellen, dass ihre Beiträge zur Gesellschaft nicht zu finanziellen Nachteilen im Alter führen. Eine zentrale Forderung ist dabei die Einführung verlässlicher Ausgleichsmechanismen, zum Beispiel durch zusätzliche Anrechnungszeiten oder einen stärkeren Schutz niedriger Einkommen, damit Menschen mit Behinderung im Ruhestand nicht weiter benachteiligt werden.

Aktienrendite ist keine Lösung

Als GRÜNE JUGEND lehnen wir es ab, die Rente an den Aktienmarkt zu koppeln. Auch wenn breit gestreute Anlagen langfristig ein geringes Verlustrisiko bergen können, entstehen Aktiengewinne immer durch moderne Ausbeutung - sei es auf Kosten von Mensch oder Umwelt.

Eine staatlich geförderte Aktienrente würde außerdem die Kurse weiter nach oben treiben, Reiche noch reicher machen und so die soziale Ungleichheit weiter verschärfen. Kurzfristig würde der Einstieg in die Aktienrente durch das drohende Platzen der KI-Blase zu sehr großen Verluste führen. Die Aktienrente löst das Problem der Altersvorsorge nicht, weil es sich bei der Rente nicht um ein Geld-, sondern um ein Versorgungsproblem handelt: Unabhängig von Finanzkonstrukten muss die arbeitende Bevölkerung immer die Rentner*innen versorgen – auch dann, wenn Rentenzahlungen aus Aktiengewinnen gespeist werden. Das bestehende Umlagesystem ist dafür die richtige Grundlage, es muss aber gerechter finanziert werden – etwa durch höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und eine solidarische Verteilung der Beiträge.

Rente und die GRÜNE JUGEND

Wenn über Rente gesprochen wird, heißt es oft: „Die Alten gegen die Jungen.“ Uns wird erzählt, dass jede Verbesserung für Rentner*innen automatisch eine Belastung für die Jüngeren bedeutet. Doch dieses Bild stimmt nicht – es spaltet nur. Für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Die Rentenfrage ist sowohl eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit, als auch eine Frage von Generationengerechtigkeit. Die entscheidenden Konfliktlinien verlaufen allerdings nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen oben und unten. Eine gerechte Rente muss ein gemeinsames Versprechen für Solidarität sein – über Generationen hinweg. Deshalb müssen in der Rentenpolitik die Bedürfnisse aller Generationen endlich Beachtung finden.

Wir lassen uns in der Rentendebatte nicht gegeneinander ausspielen. Als junge Generation bringen wir mutig linke Antworten auf die aktuellen Herausforderungen ein, die Solidarität statt Kürzungen stärken. Als GRÜNE JUGEND gehen wir klar in die kommenden Auseinandersetzungen, um die Rentenfrage. Eine faire, armutsfeste und generationengerechte Rente - die dabei nicht Jung gegen Alt ausspielt - ist ein zentraler Baustein für ein gutes Leben für alle.